

Besprechungen

Politische Zeitfragen

Die evangelische Kirche und die Politik. Ethisch-politischer Traktat über einige Zeitfragen. Von Helmut Thielicke. (76 S.) Stuttgart 1953, Evangelisches Verlagswerk. Brosch. DM 4,50.

Da anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahlen mit einer erheblichen Störung der Urteilskraft gerechnet werden muß, ist es sehr zu begrüßen, daß der Tübinger evangelische Theologieprofessor zunächst für seine engeren Glaubensgenossen die Haltung seiner Kirche nicht nur zur Politik im allgemeinen, sondern auch zu so brennenden Fragen wie dem deutschen Verteidigungsbeitrag, dem Ost-West-Konflikt und dem Mitbestimmungsrecht in den Betrieben theoretisch und praktisch darlegt. In einer so verwirrten und mit falschen Frontstellungen belasteten Zeit wirkt es geradezu wohltuend, mit welcher Klarheit, aber auch mit welchem Freimut sich der Verfasser gegen politischen und theologischen Dilettantismus, demagogische Schlagworte und weltfremde Versponnenheit, aber auch gegen die „politische Apathie der Christenheit“ (19) wendet, die über Mißstände im Staat klagt, aber keine Hand rührt, um ihnen zu wehren. Überall verrät die Schrift Aufgeschlossenheit, Wachsamkeit und Hilfsbereitschaft. Ihr Inhalt kann fast ohne Vorbehalt auch von den Katholiken angenommen werden. Insbesondere deckt sich die Beurteilung des Ost-West-Konfliktes mit der auch in dieser Zeitschrift (Bd. 147, Januar 1951, S. 241—253 und Bd. 150, Mai 1952, S. 87—89) vertretenen Auffassung. Die in ihrer Sachlichkeit, Mäßigung und grundsätzlichen Entschiedenheit vorbildliche Schrift, die als Schutz gegen das politische Geschwätz ruhiges, ernstes Nachdenken einschärft, zeigt deutlich, wie im öffentlichen Leben Deutschlands Katholiken und Protestanten auf weite Strecken einträchtig und fruchtbar zusammenarbeiten können, ohne ihrer konfessionellen Überzeugung das geringste zu vergeben.

M. Pribilla S.J.

Deutschlands Aufgabe. Stimmen evangelischer Politiker. (168 S.) Stuttgart 1953, Evangelisches Verlagswerk. Kart. DM 6,50.

Die Stimmen evangelischer Politiker verteilen sich auf acht Bundestagsabgeordnete, von denen fünf der CDU, zwei der SPD und einer (v. Merkatz) der Deutschen Partei angehören. Abgesehen von der Frage des deutschen Wehrbeitrags treten aber keine scharfen Gegensätze hervor. Die einzelnen Abgeordneten behandeln unabhängig voneinander ihrem Arbeitsgebiet naheliegende Fragen „aus evangelischer Sicht“ und wissen sich einig in dem Einsatz für Frieden und soziale

Gerechtigkeit gegen die Entwürdigung des Menschen in Mechanisierung, Entseelung und Vermassung. Man kann in der Schrift einen weiteren Beweis dafür sehen, daß heute in dem (lutherischen) Protestantismus die Verantwortung für die Gestaltung des öffentlichen Lebens immer mehr erwacht. Insbesondere kommen zur Sprache die deutsche Außenpolitik, die „politische Diakonie“ (Lastenausgleich), „Der Mensch im Betrieb“, Pazifismus, Die deutsche Wiedervereinigung und die Bedeutung konservativer Politik. Es sind durchgängig Teilaspekte der deutschen Politik. Eine Ausnahme ist der prächtige grundsätzliche Aufsatz des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers: „Zur ethischen Existenz des evangelischen Politikers der Gegenwart“. Er bekundet ein hohes politisches Ethos und zeigt freimütig, wo in der politischen Erziehung unseres Volkes die Hebel anzusetzen sind. Offen bekennt Ehlers: „Die Substanz an Staatsverständnis, die im deutschen Volke übriggeblieben ist, ist außerordentlich gering“ (20). Mit Recht betont er, daß der Staatsbürger ein verantwortungsvoller Mitarbeiter am Staatswohl sein solle, nicht aber ein ewig unzufriedener Rentenempfänger mit unbeschränktem Recht zu immer neuen Forderungen. Sonst bilden grundsätzliche staatspolitische oder staatskirchliche Fragen nicht den Gegenstand dieser Schrift und es wird ausdrücklich bemerkt, daß dies nicht Aufgabe des in praktischer Arbeit stehenden Politikers sein könne (148). Insofern bestätigen die Aufsätze das, was ich schon anderswo (Deutsche Schicksalsfragen, Frankfurt 2¹⁹⁵⁰, S. 177) ausgeführt habe, daß es in jedem Staat neben den vielbeschäftigten Staatslenkern und Politikern Staatsdenker geben muß, die abseits vom Parteiengetriebe die politischen Fragen in ihren grundsätzlichen Voraussetzungen und Folgen untersuchen.

M. Pribilla S.J.

Krieg, Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung. Nach der Botschaft des Neuen Testaments. Von Walther Bienert. (128 S.) Stuttgart 1952, Evangelisches Verlagswerk. Brosch. DM 6,70.

Im ersten Teil der Schrift prüft der Verfasser unter fleißiger Benutzung von Kittels Theologischem Wörterbuch genau den Sprachgebrauch des Neuen Testaments von Krieg, Kriegsführen, Heer, Soldat und Waffen. Die zahlreich angeführten Stellen in ihrem eigentlichen und übertragenen Sinn schildern den Krieg als eine dämonische, verabscheuungswerte Macht, während sie dem Christen Liebe nicht nur zum Frieden, sondern sogar zum Feinde einprägen. Dem Leser wird eine richtige exegetische Unterweisung zuteil, die zunächst fernab von den heute so heiß umstrittenen Fragen zu liegen

scheint. Dann aber folgt im zweiten Teil die Anwendung auf Angriffskrieg und Verteidigungskrieg, Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung. In all diesen Fragen entwickelt der Verfasser mit Sachlichkeit und Gründlichkeit maßvolle Ansichten, so daß seine Schrift als wertvoller theologischer Beitrag zur Verständigung unter den Christen zu bezeichnen ist (vgl. dazu diese Zeitschrift Bd. 149, Februar 1952, S. 321—332 und Bd. 151, Januar 1953, S. 270—282).

Wiederholt findet sich auch hinsichtlich des Verteidigungskrieges die Behauptung aufgestellt, daß ein Krieg unter Umständen zwar notwendig, aber als Werk des Bösen niemals ohne Sünde möglich sein könne (47—49, 78, 88, 93). Das steht nun freilich nicht im Neuen Testament, sondern ist ein Nachhall der lutherischen Lehre von der radikalen Verderbtheit der menschlichen Natur. Die These von objektiv unlöslichen Pflichtenkonflikten ist aber sowohl logisch als auch ethisch unhaltbar. Neuerdings regt sich gegen dieses lutherische Erbe auch von evangelischer Seite Widerspruch. So bemerkt Johannes Heckel (in: *Zur politischen Predigt*, München 1952, S. 41 f.): „Gibt es nach evangelischer Auffassung Pflichtenkonflikte, bei welchen der Christ, wie immer er sich entscheidet, vor Gott — nicht nur vor den Menschen! — schuldig wird und also notwendig in Sünde fällt, so daß ihm bloß die Hoffnung auf die vergebende Gnade bleibt? Gibt es demnach Lagen, für welche Gott dem Christen einen Maßstab des Verhaltens vorenthält? Lagen, in welchen nicht nur und nicht sowohl der Mensch sich von Gott verlassen fühlt, sondern Gott ihn dem Teufel überläßt? Besteht also im Reiche Christi ein Raum, wo die *lex Christi* nicht hinreicht? Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen.“

Wenn zum Abschluß hervorgehoben wird, daß die neutestamentlichen Vorhersagungen dem Verlangen nach gänzlicher Abschaffung des Krieges nicht günstig sind, so ist dem zuzustimmen. Dennoch werden wir in christlichem Geist handeln, wenn wir alles tun, damit der Krieg nicht durch unsere Schuld kommt (Mt 18,7). M. Pribilla S.J.

Europa in evangelischer Sicht. In Verbindung mit Wilhelm Menn und Wilhelm Schüller herausgegeben von Friedrich Karl Schumann. (162 S.) Stuttgart 1953, Evangelisches Verlagswerk. Brosch. DM 5,80.

Die Schrift vereinigt eine Reihe von Vorträgen, die zumeist auf die Arbeitstagung zurückgehen, welche die Evangelische Forschungsakademie Christophorusstift (Hemer/Westf.) in Verbindung mit der Ökumenischen Zentrale in Frankfurt a. M. vom 4. bis 6. Juni 1951 in Königswinter über das Europaproblem veranstaltet hat. Es geht um die geistigen Voraussetzungen, die gegenüber den vielfachen Mißverständnissen und Hemmungen zu klären sind, soll Europa aus

traumhafter Sehnsucht Wirklichkeit werden. Das noch freie Europa muß dazu seine gegenwärtige, der Zerrissenheit entspringende Ohnmacht, seine Gefährdung und seine Möglichkeiten erkennen. Europa wird dabei nicht als geographischer Begriff verstanden, sondern als Zusammenfassung aller Völker, die sich auf dem europäischen Kontinent der abendländischen Kulturgemeinschaft geistig verbunden erachten und heute vom „Osten“ bedroht sind. Das große Fragegebiet wird nicht sowohl systematisch durchforscht als vielmehr von verschiedenen Seiten „angestrahlt“. Aber immer ist das ernste Bestreben spürbar, über die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze hinaus die tieferen Triebkräfte ans Licht zu ziehen, die heute ein geeintes Europa zur Notwendigkeit machen. In der Beurteilung sind durchgängig die allgemein-christlichen Grundsätze mit ökumenischem Einschlag vorherrschend. (Freilich kann ein kritischer Leser nur feststellen, daß „in evangelischer Sicht“ das katholische soziale Gedankengut fast völlig unbekannt zu sein scheint.)

Die einzelnen Beiträge sind verschiedenartig und verschiedenwertig. Ganz vorzüglich ist der Aufsatz von Werner Kägi über „Europa und das Problem der Souveränität“. Hier wird der Finger auf den entscheidenden wunden Punkt gelegt, daß nämlich Europa nur werden kann, wenn die europäischen Völker für die höhere Einheit Opfer zu bringen bereit sind. Der Aufsatz über Rußland (53—58) ist wohl zu knapp, der über Polen (59—77) zu lang ausgefallen. Die umstrittene Frage, ob Bismarck freie Wahl zwischen Kleindeutschland und Mitteleuropa hatte, ist heute doch mehr eine historische als eine europäische Frage. Ganz auffallend ist es, wie sehr in der ganzen Schrift die Notwendigkeit hervortritt, über das Naturrecht und das Widerstandsrecht einig zu werden. Der besonders wertvolle Beitrag von Professor Fritz Fischer (Hamburg) greift diese Frage direkt auf. Er zeigt, wie in Deutschland unter dem starken Einfluß Luthers und des Luthertums sich immer mehr die Wendung zum Obrigkeitstaat und gegen das Widerstandsrecht durchsetzte, während in Westeuropa und Amerika die politische Freiheit als sittlich-religiöses Prinzip zur Herrschaft gelangte. Angesichts der neuesten Entwicklung im Luthertum (vgl. diese Zeitschrift Bd. 152, Juli 1953, S. 245—248) verdienen die Schlußworte vermerkt zu werden: „Erst der Zusammenstoß mit dem totalen Staat ... hat auch im lutherischen Protestantismus den Gedanken des Widerstandsrechtes und eines Wächteramtes der Kirche erneuert. Vor ihm steht die Aufgabe, ein christliches Naturrecht auch aus seinen eigenen Voraussetzungen zu entwickeln ... Nur dann ist eine wirkliche Begegnung und Zusammenarbeit möglich mit der katholischen Welt, wie mit der angelsächsisch-calvinisti-